

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
168 · Ausgabe BE · Februar 2017



USR III und die Steuerstrategie des Regierungsrats gefährden den Werkplatz

DIE BÜRGERLICHE MEHRHEIT DES REGIERUNGSRATS PLANT EINE RADIKALE REDUKTION DER FIRMENSTEUERN. DIE ZECHÉ DAFÜR BEZAHLT DER MITTELSTAND: MIT HÖHEREN STEUERN FÜR DIE ALLGEMEINHEIT UND EINER WEITEREN, NOCH GRÖßEREN ABBAURUNDE.

Am 12. Februar steht mit der Unternehmenssteuerreform 3 (USR III) für den Kanton Bern viel auf dem Spiel. Es droht eine Änderung im Steuerrecht, welche der Berner Wirtschaftsstruktur ganz und gar nicht entspricht und die deshalb nur Nachteile für unseren Kanton mit sich bringt. Denn die vielen Kleinbetriebe, das Rückgrat der Berner Wirtschaft, profitieren nicht von den Steuererleichterungen. Der Grossteil von ihnen trägt keine grosse Steuerlast und kann deshalb auch nicht entlastet werden: Unternehmen mit einem Reingewinn von weniger als 60 000 Franken tragen nur 0,43 Prozent zum gesamten Gewinnsteuerertrag von AGs und GmbHs bei. Diese Betriebe sind vielmehr auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, deren Finanzierung jedoch genau mit der unausgewogenen USR-III-Vorlage untergraben wird. Stattdessen drohen hohe Steuerausfälle bei grossen Firmen mit hohen Gewinnen wie Swisscom, Post, Grossverteiler und Uhrenfirmen. Holdings und andere Statusgesellschaften, deren höhere Besteuerung Verluste teilweise wettmachen könnten, gibt es im Kanton Bern praktisch keine.



Ursula Marti,
Präsidentin SP Kanton Bern,
Grossrätin

Als wäre das nicht schon genug, plant die bürgerliche Mehrheit im Regierungsrat eine maximale Ausreizung der zulässigen Steuervermeidungsinstrumente. So sollen bei Forschungskosten Ausgaben von den Steuern abgezogen werden können, die gar nicht angefallen sind. Drastisch ist auch die geplante Reduktion der maximalen Gewinnsteuer um rund ein Viertel. Dass solche Radikalkürzungen für leere Kassen sorgen werden, ist sogar den Befürwortern bewusst: Die Berner Regierung hat bereits ein Abbauprogramm von 300 Millionen Franken angekündigt. Wo im Kanton und in den Gemeinden gespart werden wird, wissen wir aus bereits durchgezogenen Sparprogrammen leider nur zu gut: Die Folge sind grössere Schulklassen, höhere Spitextarife, Abbau bei Kitas und Entlassungen beim Gemeindepersonal. Auch ÖV-Linien sind in Gefahr. Die Zeché bezahlt einmal mehr der Mittelstand.

Im Kanton Bern sind alle Gemeinden negativ von der USR III betroffen, nicht nur Standortgemeinden von Firmen wie Ittigen oder Péry, wo direkt Steuereinnahmen wegbrechen. Da beim direkten Finanzausgleich weniger Geld im Topf sein wird, kann

weniger Geld an finanzschwache Gemeinden ausbezahlt werden. Auch in Gadmen, Affoltern oder Romont drohen Löcher. Wohlhabende Gemeinden, die sich hauptsächlich über Steuern von natürlichen Personen finanzieren, wie beispielsweise Muri oder Belp, werden hingegen mehr zur Kasse gebeten und müssen zu Gunsten der Gemeinden mit Steuerausfällen Mehrleistungen erbringen. In beiden Fällen bedeutet das höhere Steuern für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie einen Leistungsabbau.

Mit der Steuerstrategie, die der Regierungsrat aufgrund der USR III plant, geschieht eine schlechte Weichenstellung: Für Gemeinden wird es weniger attraktiv, Firmen zu beherbergen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen droht auf der Strecke zu bleiben. Für den Werkplatz Bern ist das keine gute Aussicht.

Damit es nicht so weit kommt, braucht es unser geschlossenes Votum: Nein zur USR III, Nein zum Abbau im Kanton Bern.



Pro und Kontra Autobahn-zubringer Oberaargau

DAS REFERENDUM GEGEN DEN PLANUNGSKREDIT IST ZU STANDE GEKOMMEN, AM 21. MAI WIRD DARÜBER ABGESTIMMT. AM PARTEITAG VOM 29. MÄRZ ENTSCHIEDET DIE SP KANTON BERN ÜBER DIE PAROLE. HIER DIE ARGUMENTE DAFÜR UND DAGEGEN.

Die Umfahrung hilft Industrie-Arbeitsplätze zu erhalten



Adrian Wüthrich,
Grossrat, Huttwil

Seit Jahren zwingt sich immer mehr Verkehr durch Aarwangen. Dabei ist die Topografie, die Steigung, für die über 16 000 Fahrzeuge pro Tag das Problem. Der Kanton Bern hat deshalb Verbesserungen geprüft. Im Vorprojekt standen zwei Varianten zur Auswahl: Die Optimierung der bestehenden Strasse (Null plus) oder eine Umfahrung. Der (rot-grüne) Regierungsrat beantragte einen Projektierungskredit in der Höhe von 6,6 Mio. Franken für die Umfahrungslösung. Mit Anträgen haben wir im Grossen Rat versucht, das Projekt

zu verbessern. Damit die Natur noch besser geschützt werden kann, wird im Rahmen der Projektierung nun eine Verlängerung des geplanten Tunnels geprüft. Der Rat hat zudem beschlossen, Massnahmen gegen den projektbedingten Mehrverkehr aufzunehmen. Der Verkehr soll auf den Hauptachsen bleiben, Abkürzungen über Nebenstrassen sollen erschwert werden. Mit diversen Verbesserungen wird der Verkehr durch Langenthal verflüssigt und der öV mit Busvorzügen gefördert. Der Grosse Rat hat in der Septembersession 2016 den Kredit schliesslich mit deutlichem Mehr beschlossen. Auch die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat mit 18 Ja und 11 Nein bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Aus drei Gründen habe ich die Strasse unterstützt. Erstens Sorge ich mich um die Arbeitsplätze. Im Oberaargau ist die Industrie stark: Sind es kantonal 25 Prozent, so beträgt der Anteil der Industriearbeitsplätze hier 39 Prozent. Die neue Strasse ist ein kleines Puzzle-Teil für den Erhalt dieser Arbeitsplätze. Zweitens ist der Lastwagenanteil von 2007 bis 2016 von 12 auf 16 Prozent gestiegen, was die Lebensqualität weiter beeinträchtigt. Mit Null plus würden die Lastwagen weiterhin durchs enge Dorf fahren. Drittens hat der Bund beschlossen, die Autobahn A1 auf sechs Spuren auszubauen. Die A1 führt durch den Oberaargau und wird mehr Verkehr bringen.

Auch die Region Oberaargau soll sich wie alle anderen Regionen weiterentwickeln können. Die SP Kanton soll deshalb bei der Abstimmung vom 21. Mai den Kredit unterstützen.

Strassenneubau in Aarwangen: nicht schon wieder!



Res Hofmann,
Alt-Grossrat, Bern

Wir haben es im Kanton Bern mit der Neuauflage einer Strassenbaueuphorie zu tun, die an die 60er-Jahre erinnert. Das neue Strassenbaufieber begann 2007 mit dem Bypass Thun Nord, als der Grosse Rat (GR) den Projektierungskredit (mit Debatte) bewilligte. Die Realisierungskosten wurden damals auf CHF 75 Mio. geschätzt. Der Baukredit (145 Mio.!) wurde 2012 vom GR ohne Wortmeldung bewilligt.

In der kommenden Volksabstimmung geht es um ein vergleichbares Projekt. Es steht zwar (nur) ein Projektierungskredit von 6,6 Mio. zur Debatte, trotzdem ist es wichtig, dass das Referendum ergriffen wurde. Die Baukosten würden sich aus heutiger Sicht auf ca. 136 Mio. belaufen. Luft nach oben (vgl. Bypass) ist vorhanden.

Das Projekt sieht einen neuen Autobahnzubringer auf einer Länge von 3,6 km durch eine unberührte Landschaft (Smaragdgebiet) mit besonderem Reiz vor. Die neue Strasse würde Aarwangen nur von weniger als der Hälfte des heutigen Verkehrs entlasten. Es wäre deshalb viel klüger, mit etwa 40 % der Baukosten eine ausgebaute Variante Null+ zu realisieren. Der Verkehr würde dadurch, ähnlich wie in Wabern, beruhigt. Durch Wabern fahren heute wesentlich mehr Autos als durch Aarwangen, ohne dass man in Wabern deshalb nach einer Umfahrung rufen würde. Ein nur für die Kommissionmitglieder zugänglicher Bericht zeigte, dass bei zwei der drei Bewertungsmethoden die Variante Null+ besser abschnitt. Trotzdem befand die Regierung, «Fachleute» bevorzugten die Umfahrungsvariante. Die dritte Bewertungsmethode sei volkswirtschaftlich relevanter als die beiden anderen.

Wenn der Kanton hier nicht die Notbremse zieht, geht die erwähnte Euphorie verstärkt weiter: Im Emmental sind Strassenbauten mit Kosten von ca. 420 Mio. vorgesehen. Diese Gelder waren ursprünglich für das Tram Region Bern bestimmt. Das passiert in einem Kanton, der offenbar so arm ist, dass er mit der Senkung der Sozialhilfe unruhliche Massstäbe setzt, mit Wirkung auf die ganze Schweiz.

Mut zur Macht. Was braucht es für eine erfolgreiche politische Karriere?

MIT IHRER TAGUNG «MUT ZUR MACHT» AM 25. FEBRUAR VERFOLGEN DIE SP FRAUEN KANTON BERN IHR GROSSES ANLIEGEN, DEN POLITISCHEN ERFOLG VON ERFAHRENE FRAUEN SICHTBAR ZU MACHEN UND VON DEREN ERFAHRUNGSSCHATZ ZU PROFITIEREN. IN VORBEREITUNG DER REGIERUNGS- UND GROSSRATSWAHLEN IM FRÜHJAHR 2018 SOLLEN FRAUEN MOTIVIERT WERDEN, POLITISCH AKTIV ZU WERDEN UND FÜHRUNGSVERANTWORTUNG ZU ÜBERNEHMEN.



Ingrid Kissling-Näf,
Stadträtin Bern,
Mitglied Leitungsgremium
SP Frauen Kanton Bern

Frauen machen mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus, rund 80 % sind in der Schweiz erwerbstätig. In wirtschaftlichen Führungspositionen sind sie stark untervertreten, denn sie stellen nur 13 % der VerwaltungsrätInnen in den grossen Unternehmen. Erfreulicherweise ist der Frauenanteil in politischen Ämtern fast doppelt so hoch, wenngleich die Frauen also auch dort nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil und Einkommen Einsitz haben.

Frauen in politischen Ämtern

Die politische Beteiligung von Frauen ist seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts der Frauen 1971 bis in die Neunzigerjahre kontinuierlich angestiegen. 2014 waren im Grossen Rat des Kantons Bern rund 32 % der Parlamentsmitglieder Frauen. Der Kanton Bern gehört zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft, Zürich und Aargau zur Schweizer Vorreitergruppe, was die Frauenbeteiligung in kantonalen Parlamenten betrifft. Seit Ende der Neunzigerjahre jedoch stagniert der Frauenanteil im Grossen Rat bei rund dreissig Prozent.

Führungskompetenz und Erfahrung in politischen Ämtern sichtbar machen

Der Global Gender Gap Report 2016, der vom World Economic Forum erstellt wird, weist in seinen Analysen darauf hin, dass sich das

politische Engagement von Frauen grundsätzlich positiv auf den Abbau von Ungleichheiten in einer Gesellschaft auswirkt. Ebenfalls begünstigt die Erwerbstätigkeit die politische Führungskompetenz von Frauen. Beides stagniert beziehungsweise bewegt sich nicht auf sehr hohem Niveau in der Schweiz. Umso mehr müssen wir uns dafür einsetzen, dass die politische Führungskompetenz von Frauen sichtbar wird, dass Frauen mit gutem Beispiel vorangehen und interessierte Frauen motiviert werden. Das heisst, wir Frauen können und sollen Politik aktiv mitgestalten. Dafür notwendig sind Informationen, Weiterbildung, Ermunterung durch Vorbilder wie auch ein Monitoring und Unterstützung durch die Partei.

Frauen motivieren und unterstützen

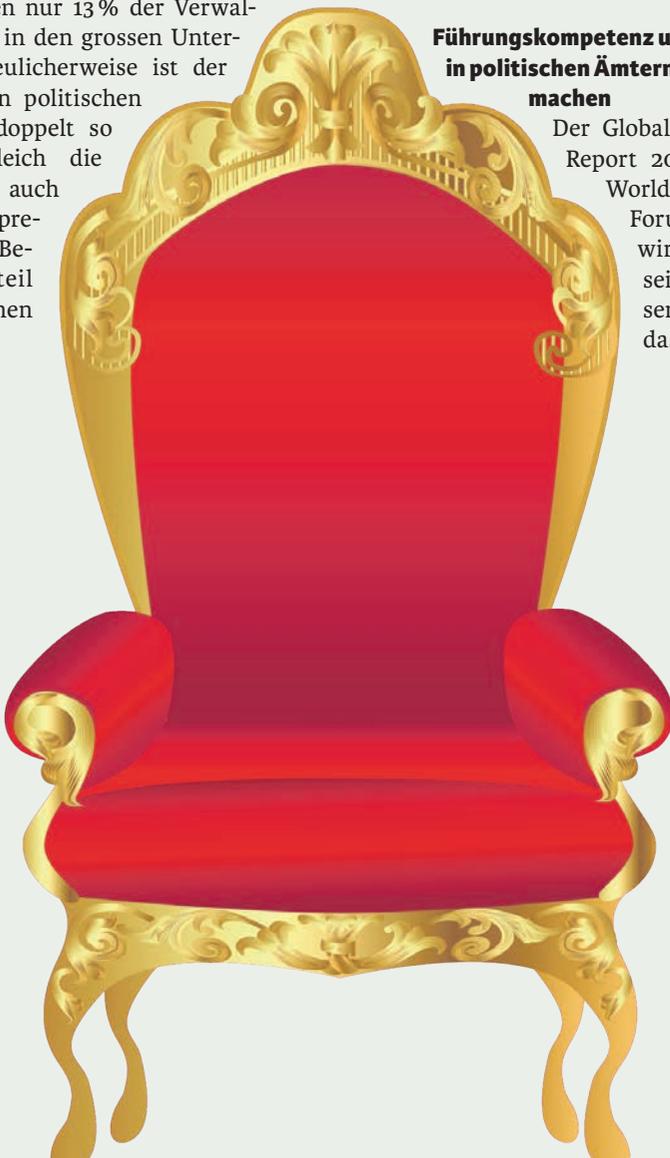
An der Tagung «Mut zur Macht» steht der politische Erfolg von erfahrenen Frauen im Zentrum. Gestandene Politikerinnen werden sich zu ihrer Karriere äussern und darlegen, wie es ihnen gelungen ist, sich in männlich dominierten Gremien durchzusetzen, welche Unterstützung sie erfahren haben und worauf sie bei ihrer politischen Karriere achten mussten. Ziel der SP Frauen Kanton Bern ist es, Frauen zu einer Kandidatur auf Gemeinde- und kantonaler Ebene zu ermuntern. Im Grossen Rat soll damit bei den Wahlen 2018 wieder eine paritätisch zusammengesetzte Fraktion erwirkt werden. Wie auch im Jahr 2014 sollen dafür in allen Regionen getrennte Frauen- und Männerlisten zum Einsatz gelangen. Auch der Regierungsratssitz der auf 2018 zurücktretenden Barbara Egger-Jenzer muss unbedingt erneut von einer Frau besetzt werden.

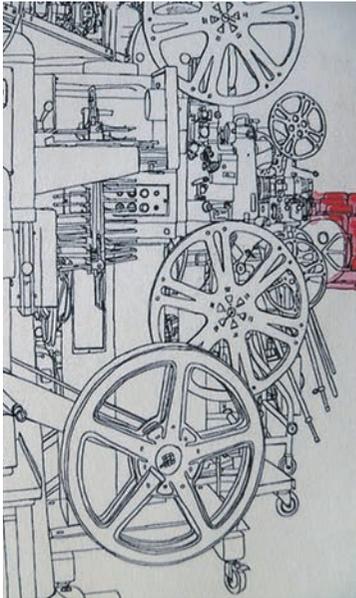
TAGUNG «MUT ZUR MACHT»

Samstag, 25. Februar 2017, 10–13 Uhr,
Generationenhaus, Bahnhofplatz 2, Bern

Programm:

Einführungsreferat von Barbara Ruf, Gleichstellungsbeauftragte Kanton Bern, anschliessend Inputreferate und Round Table mit Barbara Egger-Jenzer, Chantal Bornozy-Flück, Ursula Zybach, Tamara Funicello





SP 60+ BERN – MITTELLAND

Filmdokumente zur Arbeiter-, Arbeiterinnen- und 1968er-Bewegung

Mittwoch, 23. März 2017, 14–17 Uhr

Lichtspiel, Sandrainstrasse 3, Bern

Ablauf

14–14.30 Uhr Ankunft im Lichtspiel
14.30 Uhr 1. Filmvorführung
Anschliessend Pause, Austausch, Konsumation

2. Filmvorführung
17 Uhr Ende

Freiwilliger Unkostenbeitrag für Getränke und
Miete: Fr. 10.–

AGENDA

Kantonale Parteitage

Mittwoch, 29. März 2017, 19–21.30 Uhr in Bern

Samstag, 26. August 2017, 10–15 Uhr in
Bätterkinden

Mittwoch, 1. November 2017, 19–21.30 Uhr in Bern

Sessionsen Grosser Rat

Märzsession: 20.–30. März 2017

Alle Termine auf: www.spbe.ch/agenda

Aufruf: Unterschriften sammeln für die Transparenzinitiative

Wir wollen endlich wissen, woher das Geld für die undurchsichtigen Millionenkampagnen kommt! Die Bevölkerung hat ein Recht zu wissen, welche Abhängigkeiten bestehen.

Das kannst du tun:

- Jetzt online unterzeichnen:
www.wecollect.transparenz-ja.ch
- Den Link an Freunde und Verwandte weiterleiten
- Eine Sammelaktion deiner Sektion anreissen



Energetische Strategiespiele

Spielen Sie auch Schach? Einen Zug nach vorne, einen nach hinten und dann aus der Deckung hervorspreschen oder einen Bauerntausch riskieren. Das ist ein Kampf, bei dem die Gegner auf Augenhöhe miteinander am Tisch sitzen. In der Politik aber, da nervt das ewige Taktieren und Dominieren der Ewiggestrigen. Kürzlich in den Schlagzeilen: «SVP-Referendum gegen Energiestrategie 2050 zustande gekommen». 2011, kurz nach der Fukushima-Katastrophe, gab der Bundesrat den Atomausstieg bekannt. Die Öffentlichkeit applaudierte. Die Atomlobby taktierte weiter «für» die Atomenergie. Erst zeigte man Mitleid. Nachdem etwas Zeit verstrichen war, betonte man die Sicherheit der schweizerischen Atomtechnologie.

Später machte man neue AKW-Typen bekannt – sicher und unschädlich, beinahe biologisch abbaubar. Ende 2016 wurde gar die finanzielle Atommissere ins Gegenteil verwandelt: Die alte Leier «Wir brauchen den Atomstrom!» verdrehte sich in die Theorie «Wir müssen eine Bad Bank für die AKWs bilden und die Atomkraft retten». Eine Bad Bank bildet man eigentlich für Anlagen, welche sich danach am Markt wieder behaupten können, die also eine Zukunft haben.

Fakt ist: Diese Ewiggestrigen haben es geschafft, dass in der Schweiz die ältesten AKWs der Welt in Betrieb sind, weiter in diese investiert wird und der Umbau hin zu einer innovativen Energieversorgung nicht zustande kommt. Auch im Kanton Bern erwägt

Rote Feder

die kantonale SVP, das Referendum gegen die nötige Revision des kantonalen Energiegesetzes zu ergreifen.

Die Konservativen preschen mit ihrem Läufer nach vorn und bieten mit ihrem Referendum Schach. Aber sie haben die SPringergabel nicht bemerkt. Diese Referenden gilt es zu bodigen, liebe GenossInnen!

Helft mit, die Ewiggestrigen in die Energiezukunft zu bewegen.

Jürg Joss, Gemeinderat
Bätterkinden, Energiepolitiker

